



Pressemitteilung vom 29.03.2011

Richter und Staatsanwälte fordern vollständige Übernahme des Tarifabschlusses

Der Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte und die Vereinigung der Bremischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter fordern die zeit- und wirkungsgleiche Umsetzung der Tarifeinigung im öffentlichen Dienst der Länder für die Richter und Staatsanwälte in Bremen. Sie wenden sich entschieden gegen den heute im Senat verabschiedeten Gesetzesentwurf, mit dem die Einigung erst mit sechs Monaten Verzögerung übernommen werden soll. Auch auf die Einmalzahlung von 360 Euro sollen Richter und Staatsanwälte verzichten müssen.

Hintergrund: Trotz der bevorstehenden Tarifverhandlungen und der erkennbar steigenden Inflation sind für das Haushaltsjahr 2011 nur 0,9 Prozent an Kostensteigerungen beim Personal eingestellt worden. Die hierdurch entstandene Finanzierungslücke soll nunmehr zu Lasten von Richtern und Staatsanwälten geschlossen werden.

Dazu Karin Goldmann, Vorsitzende des Vereins Bremischer Richter und Staatsanwälte, und Friedemann Traub, Vereinigung der Bremischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter:

„Die Landesregierung weiß sehr genau, was sie den Richtern und Staatsanwälten in den vergangenen Jahren zugemutet hat. Bereits jetzt liegt Bremen im Bundesvergleich der Richterbesoldung am Ende der Skala. Hinzu kommt, dass die kontinuierlichen Personaleinsparungen zu einer dauerhaften Überlastung geführt haben. Die Funktionsfähigkeit der Bremer Justiz wird seit langem nur durch das hohe Verantwortungsbewusstsein und den großen persönlichen Einsatz von Richtern und Staatsanwälten aufrechterhalten. Es ist dringend an der Zeit, dass Senat und Bürgerschaft dies anerkennen. Dazu gehört auch die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses für Richter und Staatsanwälte.“

Bei einem Einstiegsgehalt von 3.339 Euro brutto verdient ein junger Berufseinsteiger in das Richteramt in Bremen, verglichen etwa mit dem Kollegen im Saarland, monatlich ca. 100 Euro weniger; zu Bayern beträgt der Unterschied sogar 180 Euro. Unter diesen Bedingungen fällt es immer schwerer, die besten Juristen für den Beruf des Richters und Staatsanwalts in Bremen zu gewinnen. Von der verfassungsrechtlich gebotenen amtsangemessenen Besoldung entfernt sich Bremen damit immer weiter. Die Haushaltslage rechtfertigt kein Sonderopfer von Richtern und Staatsanwälten!

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

- Karin Goldmann (Verein Bremischer Richter und Staatsanwälte), Tel.: 0421-361 4200, E-Mail: kontakt@richterverein-bremen.de
- Friedemann Traub (Vereinigung der Bremischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter), Tel.: 0421-361 10535